▶ Fehlervermeidung

**Selbst verauslagte Gerichtsvollzieherkosten:
kein Erstattungsanspruch gegenüber Staatskasse**

| Dem Gläubiger wird für die Mobiliarzwangsvollstreckung PKH bewilligt und ein Anwalt beigeordnet. Nach erfolgloser Vollstreckung beantragt der Anwalt, seine Vergütung aus der Staatskasse festzusetzen sowie von ihm verauslagte Kosten für den Gerichtsvollzieher zu erstatten. Zu Recht? |

Nein. Bezüglich der durch den Rechtsanwalt verauslagten Gerichtsvollzieherkosten besteht kein Erstattungsanspruch gegenüber der Staatskasse. Denn § 84 Abs. 1 S. 2 GVO regelt: „Ist der Partei auch für die Zwangsvollstreckung Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe bewilligt, so darf der Gerichtsvollzieher von der Partei für seine Tätigkeit Kosten nicht erheben (§ 122 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. 3a ZPO, § 76 FamFG).“ Folge: Zahlt also der Gläubiger trotz Bewilligung von PKH/VKH, muss der Gerichtsvollzieher die Kosten zurückerstatten.

PRAXISHINWEIS | Dem beigeordneten Anwalt, der die Gerichtsvollzieherkosten aus eigenen Mitteln vorlegt, steht zwar ein Anspruch auf Auslagenersatz nach § 46 RVG zu. Allerdings fallen hierunter nur solche, die notwendig und erforderlich sind (Anwk/RVG, 8. Aufl., § 46 Rn. 2, 5). Notwendig und erforderlich ist es aber niemals, wenn Kosten vorgeschossen werden, die der bedürftige Mandant nicht schuldet. Anwälte können in solchen Fällen die verauslagten Kosten vom Gerichtsvollzieher wegen ungerechtfertigter Bereicherung zurückfordern (§ 812 BGB).

Um Mehrarbeiten zu vermeiden, ist es bei Vollstreckungsaufträgen zweckmäßig, Module P 3 und 8 anzukreuzen und folgende Formulierung zu verwenden:

■ Modul P

P 3	☒ Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe wurde gemäß anliegendem Beschluss bewilligt.
P 8	sonstige Hinweise ☒ Gemäß § 84 Abs. 1 S. 2 GVO i. V. m. § 122 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a ZPO scheidet eine Erhebung von Kosten gegenüber dem Gläubiger aus.

▶ Zwangsvollstreckung

Vollstreckungsantrag: Vollstreckungskosten sind aufzuschlüsseln

| Oft legen Gläubiger bei Beantragung einer Vollstreckungsmaßnahme die Kosten vorangegangener Vollstreckungsversuche nicht nachvollziehbar dar. Dies führt i. d. R. zu zeitaufwendigen und unnötigen Zwischenverfügungen. |

MERKE | Das Vollstreckungsorgan muss die geltend gemachten Vollstreckungskosten dem Ansatz nach überprüfen können. Entstehen, Höhe und Notwendigkeit sind also darzulegen. Insofern gilt hier nichts anderes als bei einer beantragten Kostenfestsetzung. Dabei muss der Gläubiger die Kosten aber lediglich glaubhaft machen (§ 788 ZPO i. V. m. § 104 Abs. 2 S. 1 ZPO). Dies erfordert letztlich, die einzelnen Kostenbeträge übersichtlich darzustellen – unter Mitteilung der sie auslösenden Maßnahmen. Dies ist in einer Forderungsaufstellung aufzuschlüsseln (vgl. LG Passau 19.2.18, 2 T 36/18).

GV muss zurück-
erstatten

Übersichtliche
Darstellung der
Kostenbeträge
erforderlich